



Liebe Freundinnen und Freunde,

über Wahlen verhandelt eine demokratische Gesellschaft, wer sie sein und wohin sie gehen will. Vor fünf Jahren gaben die europaweit guten Ergebnisse für grüne Parteien den Anstoß für den Green Deal und mit der Bundestagswahl 2021 öffnete sich das Fenster für eine Koalition, die offenkundige Probleme nicht einfach dadurch "lösen" wollte, sie auszusitzen und das Land modernisieren und aus der selbstgefälligen Bräsigkeit führen sollte. Nun, mit den ernüchternden Ergebnissen der Europawahl im Rücken, sehen wir: Von der Dynamik des Anfangs ist wenig übrig geblieben. Die Gesellschaft ist polarisiert und verunsichert wie lange nicht. Die unbestreitbaren Erfolge der Ampel: verpufft im nicht aufhörenden Streit zwischen den drei Partnern. Die Ausgangsbedingungen für die nächste Bundestagswahl sind alles andere als rosig. Aber: **Wohin unsere Reise geht, haben wir in der Hand.**

Also, was steht an? Verstehen, was da passiert ist. Analysieren. Die Schlüsse ziehen. Und in die Auseinandersetzung um unsere Zukunft gehen. So sind wir. Den Kopf im Sand stecken zu lassen, weil er da schon mal so gut liegt, ist nicht unser Ding. Einige von euch sind in den Jahren des Aufbruchs zu uns gestoßen, andere seit Jahrzehnten dabei. Wir kennen Rückschläge gut und haben erlebt, wie weit der Weg war, den wir Grüne zu gehen hatten. Am Ende geht es darum, einmal mehr aufzustehen, als man gefallen ist. Gehen wir's an. **Wir haben mindestens so viel zu gewinnen, wie wir verlieren können.**

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich bewerbe mich bei euch um die **Unterstützung für eine zweite Wahlperiode im Deutschen Bundestag.** Dafür will ich zunächst Rechenschaft über das leisten, was ich mit eurem Vertrauen und Rückhalt in den letzten Jahren bewegen konnte.

Alles anders als gedacht

Als ich 2021 zum ersten Mal für uns eingezogen bin, hatte ich keine Vorstellung davon, in was für einer Welt ich dieses Mandat ausfüllen würde. Auf meinem Wahlplakat stand: „**Die beste Zeit liegt vor uns**“ – ein Satz der Zuversicht, hineingerufen in eine Stadtgesellschaft, die von der Erinnerung an ein vermeintlich besseres Früher geprägt ist. Der Satz bleibt richtig. Nur ist diese Zeit wohl noch nicht jetzt.

Die russische Invasion gegen die Ukraine hat alles auf Null gesetzt. Nicht nur, dass wir Krieg mitten in Europa haben. Den bitteren Preis für die Abhängigkeit von Gas, Kohle und Öl aus Russland bezahlen wir bis heute und noch viele Jahre. Die brutalen Preisanstiege bei Lebensmitteln und Energie haben bestehende Ungleichheiten verschärft. Reallohnverluste bringen ganze Bevölkerungsgruppen an ihre

Grenzen. Die Wirtschaft stagniert, die Steuereinnahmen brechen weg, die öffentlichen Haushalte stehen unter Druck. In der Folge fehlt uns auf allen Ebenen das Geld, um in die Zukunft zu investieren und die Härten der Krisen abzufedern. Desinformation ist Teil der hybriden Kriegsführung Wladimir Putins. Spaltung, Polarisierung, Unversöhnlichkeit prägen unsere Debatten. Die Konfliktthemen trennen Familien und Freundeskreise.

Zwischen Krisenmanagement und Großbaustellen

In diesem Umfeld habe ich in den letzten Jahren versucht, zweierlei zu leisten: pragmatisch die Folgen dieses Krieges anzugehen und gleichzeitig mit voller Kraft an dem zu arbeiten, wofür wir eigentlich angetreten waren: den Wandel hin zu einer klimaneutralen Lebens- und Wirtschaftsweise zu gestalten und **den Planeten für unsere Kinder und Enkel lebenswert zu erhalten.**

Im Wirtschaftsausschuss habe ich in den vergangenen Jahren unter anderem unsere **grüne Industriepolitik** verantwortet. Dieses Feld hat überall im Land an Bedeutung gewonnen, in Duisburg und im Ruhrgebiet ist es die Basis von Wohlstand und sozialer Absicherung. Die „Transformation“ energie- und CO₂-intensiver Industrien zur klimaneutralen Produktion ist kein Spaziergang, sie ist ein richtig harter Marathon. Die Alternativen sind aber klar: **Entweder wir bauen um – oder wir bauen ab.**

Der „grüne Stahl“ ist die Überlebenschance für den größten Arbeitgeber in unserer Stadt. Ich bin stolz, dass es uns gelungen ist, dass uns immer mehr Stahlarbeiter*innen und ihre Familien nicht länger als Teil des Problems, sondern als Teil der Lösung sehen. Dafür, dass wir zwei Milliarden Euro für Bau und Betrieb einer wasserstoffbetriebenen Direktreduktionsanlage am Standort von Thyssenkrupp steel im Stadtnorden bereitstellen, habe ich mich auf allen Ebenen eingesetzt.

Als Wirtschaftspolitiker bin ich Ansprechpartner für Vorstände und Betriebsräte gleichermaßen. Und als Gewerkschaftsmitglied weiß ich, auf welcher Seite ich stehe, wenn kurzfristige Kapitalmarktinteressen über die Arbeitsplatzsicherheit der Belegschaft gestellt werden. Deshalb war es für mich in den letzten Wochen selbstverständlich, gemeinsam mit den Beschäftigten gegen einen Konzernvorstand zu demonstrieren, der Shareholder Value für einen wichtigen Wert hält und ihn mit dem verwechselt, der unsere Region immer stark gemacht hat: **Solidarität.**

Dass ich direkt in meiner ersten Wahlperiode in den Haushaltsausschuss kommen würde, war nicht zu erwarten. Umso glücklicher bin ich über diese (wenn auch oftmals dornige) Chance.

Am Haushalt entscheidet sich, wofür ein Staat bereit ist, Geld auszugeben und wofür nicht. Deshalb habe ich mich bemüht, Haushaltspolitik nicht als nüchterne Geheimwissenschaft zu vermitteln, bei der es darauf ankommt, so lange Excel-Tabellen hin- und her zu drehen, bis am Ende 0 herauskommt. Sondern als **Gerechtigkeitspolitik in ihrer brutalsten Form.**

Ein Ergebnis meiner Arbeit ist, dass wir am Ende der parlamentarischen Haushaltsberatungen immer mehr Geld für nationalen wie internationalen Klimaschutz, für globale Gerechtigkeit und Zukunftsinvestitionen bereitgestellt haben, als es die Regierung in ihren Haushaltsentwürfen vorgesehen hat. Starre Schuldenregeln im Grundgesetz und die Weigerung von mindestens einem unserer Koalitionspartner, daran etwas zu ändern, setzen dem leider sehr enge Grenzen. Deshalb habe ich unsere Konzepte zur **Reform der Schuldenbremse und zur Neuaufstellung der Klima- und**

Transformationsfinanzierung mit erarbeitet und werde nicht müde, sie in die gesellschaftliche Debatte zu tragen.

Im Haushaltsausschuss zeigt sich ein Prinzip im Besonderen, was mein Verständnis parlamentarischer Arbeit prägt: **Es ist nicht allein die Aufgabe der Opposition, die Regierung zu kontrollieren, sondern des Parlaments im Ganzen.** Und ich meine sogar, dass gerade Abgeordnete aus den Regierungsfractionen dafür Verantwortung tragen, dass die Regierung ihre Arbeit gut macht. So habe ich meine Aufgabe in den letzten Jahren verstanden – zugegebenermaßen nicht immer zur Freude unserer eigenen Regierungsmitglieder.

Über meinen Schreibtisch liefen etwa die Pläne der Bundesregierung, die Importe russischen Erdgases durch den Aufbau einer aus meiner Sicht überdimensionierten LNG-Importinfrastruktur derart überzukompensieren, dass neue Risiken für die Erreichung unserer Klimaziele gedroht hätten. Meine „Regierungskontrolle“ hatte immerhin den Effekt, einige der Planungen runterzudimensionieren und damit auch finanzielle Risiken für den Staat zu reduzieren. Beim Thema CCS/CCU, also der Verpressung und Weiternutzung abgeschiedenen CO₂s habe ich im Spannungsfeld mit dem Wirtschaftsministerium die Fraktionspositionierung mit erarbeitet, die einen verantwortlichen und deshalb eng begrenzten Einsatz dieser Technologie vorsieht.

Das **Klimageld** als sozialen Ausgleich der CO₂-Bepreisung habe ich intern wie öffentlich vorangetrieben und arbeite weiter daran, dass es schneller kommt, als es bislang verabredet ist. Und nicht zuletzt habe ich vor einigen Tagen als erster Bundestagsabgeordneter einen **Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum Nord-Stream-2-Komplex** gefordert, auch wenn das erst einmal gegen jede Koalitionsdisziplin war. Denn so sehr ich die parteitaktischen Motive von SPD und Union verstehen kann, so wenig kann ich als Demokrat akzeptieren, dass die Verantwortung für das größte außen-, wirtschafts- und energiepolitische Versagen seit Bestehen der Bundesrepublik bis heute nicht vernünftig aufgeklärt ist.

Mit Erwachsenen reden, als wären sie Erwachsene

Unsere Politik leidet darunter, dass sie als unverständlich, elitär und distanziert wahrgenommen wird. Nein, Kommunikation ist nicht alles und gute Kommunikation kann niemals eine schlechte Substanz ausgleichen. Aber politische Kommunikation, die Menschen erreichen will, muss auf Sprechblasen und zehnmal durchgenudelte Wordings verzichten. „**No Bullshit**“ habe ich mir als Leitsatz vorgenommen. Man muss und sollte nicht alles sagen, was man denkt, aber man sollte nichts sagen, woran man selbst nicht glaubt. **Menschen merken, wenn sie nicht für voll genommen werden.**

In diesem Sinne habe ich in den letzten Jahren versucht, meine digitale wie analoge Kommunikation auszurichten. Auf Instagram, LinkedIn, über meinen Newsletter und andere Plattformen versuche ich, politische Prozesse und meine Beweggründe transparent zu machen. Teilweise erreiche ich darüber Menschen, die sich ansonsten von „der Politik“ abgewandt haben. Das freut mich sehr.

Berlin kann jeder, Duisburg muss man wollen

In Duisburg – und seit einigen Wochen auch darüber hinaus – hat sich mein „**Bier mit Banaszak**“ als niedrigschwelliges und offenes Austauschformat etabliert. Und beim „**Banaszak kocht...**“ konnte ich in

den letzten Jahren von Mona Neubaur über Jens Südekum bis Claudia Roth spannende Koch- und Gesprächspartner*innen nach Duisburg locken. Gemeinsam mit Jule und Lamya habe ich immer wieder ein „**Café Berlin/Düsseldorf**“ veranstaltet, um euch mitzunehmen durch diese verrückten Zeiten. Und auch außerhalb der Wahlkämpfe bin ich gemeinsam mit euch in den letzten Monaten auf Wochenmärkten unterwegs, um über unsere und meine Arbeit zu informieren.

Meine familiäre Situation erlaubt es mir nicht, auf jeder Hochzeit zu tanzen. Meine eineinhalbjährige Tochter ist das größte Glück in meinem Leben und sie hat es verdient, ihren Vater (nicht nur) am Wochenende zu sehen. Mein Einsatz in und für Duisburg ist also, ich muss es so offen sagen, ein sehr fokussierter. Ich habe deshalb bewusst Themen im Bundestag besetzt, die für unsere Stadt besonders bedeutsam sind.

Im Haushaltsausschuss konnte ich immer wieder kleinere Förderungen ermöglichen, etwa für die Anlage eines klimaresilienten Stadtparks in Hochheide oder die Renovierung von Museumsschiffen. Besonders glücklich bin ich darüber, dass wir eine Machbarkeitsstudie für eine Tunnel- bzw. Trogvariante für den **Ausbau der A59** zwischen Meiderich und Hamborn im Bundeshaushalt verankern konnten. Seit Jahren setze ich mich für eine Lösung, die die Schneise der Verwüstung nicht noch vergrößert, sondern die autogerechte Stadtplanung der 1960er durch eine menschengerechte Planung ersetzt. Immerhin ist es hier ein FDP-Minister, der mein Verständnis von Regierungskontrolle kennenlernen durfte...

Euer Vertrauen trägt mich

Liebe Freundinnen und Freunde,

während ich diese Bewerbung schreibe, merke ich, wie viel in den letzten Jahren passiert ist. Ich habe große Freude an dieser Aufgabe und empfinde dieses Mandat als krasses Privileg, für das ich unendlich dankbar bin. **Dieser Dank gebührt euch.** Es ist euer Vertrauen in mich und meine Arbeit, das mich in den letzten Jahren durch die schwierigeren Tage getragen hat. Ich weiß, dass ich mich auf euch verlassen kann – und ich hoffe, dass es euch umgekehrt genauso geht.

Ich bin noch nicht fertig mit meiner Arbeit für den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft, weder hier bei uns noch bundesweit. Es wird ein krasser Akt, das Vertrauen in diesen Wandel auszubauen beziehungsweise an manchen Stellen überhaupt erst oder wieder herzustellen.

Die nächste Bundestagswahl wird wieder darüber entscheiden, wer wir sind und wohin wir gehen. Ich habe mich nicht damit abgefunden, dass wir nur noch darüber reden, wie weit es nach rechts rückt. **Ich glaube weiter daran, dass unsere beste Zeit noch vor uns liegt.** Aber ich habe einen klareren Blick, was es dafür braucht. Es ist ein tiefes Misstrauen in die Fähigkeiten von Staat und Politik zu spüren, diese Gesellschaft und ihre Volkswirtschaft durch turbulente Zeiten zu steuern. Die Demokratieverächter locken mit dem Zurück in die Vergangenheit und haben damit zunehmend Erfolg. Andere setzen einfach das Modell fort, das uns in die Misere geführt hat: „Nach uns die Sintflut“

Eine Politik des Wandels hat es schwer. Aber wenn dieser Wandel wirklich ein Marathon ist, ja dann müssen wir auch irgendwann mal das Training starten. Wenn dafür morgens um 5:30 Uhr das Wecker klingelt, mobilisiert das erst mal Abwehrkräfte. Aber wenig ist schöner als das Gefühl der Selbstwirksamkeit, das uns durchfährt, wenn wir die Ziellinie überschreiten.

Eine Politik des Wandels ist gleichzeitig voraussetzungsreich. Ich will deshalb weiter daran arbeiten, konkrete Konzepte zu erarbeiten für etwas, das ich „**Klimasozialpolitik**“ nenne. Denn so sehr es richtig ist, dass die Bewältigung ökologischer Krisen per se Gerechtigkeitspolitik ist, weil Reiche sich immer leichter von den Folgen der Zerstörung freikaufen können, so sehr müssen wir bei allem ökologischen Umbau die **Verteilungswirkung** stärker adressieren. Das ist aus meiner Sicht auch die größte Schwäche der Ampel: Dass die Lasten der Krisen aktuell eben nicht fair verteilt sind, sondern überproportional denen aufgebürdet werden, denen das Wasser eh schon zum Hals steht. Das müssen wir umkehren.

Hoffnung geben in hoffnungsarmen Zeiten

„Wer sich die Zukunft nicht vorstellen kann, hat Angst“, habe ich vor einigen Monaten gehört. Und ich glaube, das stimmt. Deshalb muss es uns darum gehen, diese Zukunft erfahrbar, erlebbar und denkbar zu machen. Dass wir der stärkste und klarste Gegenpol zum Rechtsruck sind, ist schön und richtig, aber offenbar allein nicht mobilisierend genug. Lasst uns einen Wahlkampf auf die Beine stellen, der dieser verunsicherten Gesellschaft wieder Grund zur Hoffnung gibt; **Hoffnung in hoffnungsarmen Zeiten** quasi.

Es ist eine große Chance, dass wir gleichzeitig Rat und Bundestag wählen. Es sind die beiden Ebenen, die am stärksten die politische Wahrnehmung der Wähler*innen prägen. Den Leitsatz „Global denken, lokal handeln“ können wir in eine gemeinsame und schlüssige Kampagne tragen.

Ich wäre sehr gerne euer grüner Kandidat im Duisburger Norden. Es ist der Wahlkreis mit der bundesweit geringsten Wahlbeteiligung. Ein braunes Direktmandat ist nicht ausgeschlossen. Der Wahlkampf wird hart und gerade deshalb so wichtig. Ihr wisst, Kopf und Sand und so. **Meine Motivation ist riesig.**

Ich bitte euch für diesen Weg und für meine Kandidatur auf einem vorderen Platz auf der Landesliste um euer Vertrauen.

Herzliche Grüße

Euer Felix

Biografie & Kontakt

Ich bin ein Kind des Ruhrgebiets, 1989 in Duisburg geboren und aufgewachsen. Seit vier Jahren verheiratet und Vater einer Tochter. 2009 bin ich zu den Grünen gekommen, war im Bundesvorstand der Grünen Jugend, habe im Berliner Abgeordnetenhaus und im Europäischen Parlament gearbeitet. Von 2016 bis 2018 durfte ich eurer Kreisverbandssprecher sein, dann bis 2022 Landesvorsitzender. Ich habe die Ampel in Berlin und Schwarz-Grün in NRW verhandelt und bin an Rot-Grün in Duisburg gescheitert. Mitglied bin ich unter anderem bei ver.di und der IG Metall und in einigen Duisburger Bürgervereinen. Ich bin leidenschaftlicher Koch und hoffe, demnächst wieder mehr zum Laufen und Rennradfahren zu kommen.



felix.banaszak@bundestag.de



felixbanaszak.de



[@fbanaszak](https://www.instagram.com/fbanaszak)

